



Drogensumpf Ebertplatz: Warten auf den „Next Step“

Stadtdirektorin Andrea Blome: „So kann es nicht bleiben“ – 300 Teilnehmer hoffen vergebens auf neue Lösungsansätze

Wie bekommt die Stadt die ausufernde Drogenszene auf dem Ebertplatz und in den angrenzenden Wohngebieten unter Kontrolle? Das war das Thema des „Veedelstreffs Eigelstein“ am Montag, 18. März, im „Kölsche Boor“, veranstaltet vom Bürgerverein Eigelstein. Das Problem ist mittlerweile so groß, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr allein von der dortigen U-Bahn-Haltestelle in die Schule fahren lassen. Auf dem Podium saßen der neue Kölner Polizeipräsident Johannes Hermanns, Stadtdirektorin Andrea Blome, die Vorstandsvorsitzende der KVB, Stefanie Haaks, sowie Stefan Lehmann vom Gesundheitsamt. Rund 300 Gäste waren gekommen – so viele wie noch nie -, darunter zahlreiche Vertreter des Rats und der Bezirksvertretung Innenstadt. Das zeigte, wie sehr das Thema den Anwohnern unter den Nägeln brennt. Doch auf neue Lösungsansätze hoffte das Publikum vergebens.



Rund 300 Gäste waren der Einladung des Bürgervereins Eigelstein zum „Veedelstreff“ in den „Kölsche Boor“ gefolgt, so viele wie noch nie. Dafür hatte der Bürgerverein den Veranstaltungssaal des „Kölsche Boor“ und den Raum dahinter reserviert und die Tische beseitigt. Trotzdem reichten die Sitzplätze nicht für alle Interessierten aus.

Nach einer kurzen Begrüßung übergab die Sprecherin des Bürgervereins, **Ruth Wennemar**, das Wort an Polizeipräsident **Johannes Hermanns**. Er gab zunächst in einem Vortrag einen Überblick über die Lage am Ebertplatz: demnach war die Polizei im vergangenen Jahr 332 Tage mit Präsenzkräften vor Ort, im Schnitt fünfmal am Tag. Innerhalb der vergangenen 14 Monate seien die Delikte um 14 Prozent gestiegen. Einer mobilen Wache am Ebertplatz erteilte Hermanns aber mit Blick auf Personal und Kosten eine Absage. Man überwache den Platz mit Videokameras, und bei Straftaten seien die Beamten der Stolkasse schnell vor Ort, die Wache sei dafür strategisch gut gelegen. Sorge macht Hermanns allerdings die Legalisierung von Cannabis ab dem 1. April. Danach ist das Mitführen von bis zu 25 Gramm legal, das entspricht umgerechnet 60 Joints. Das mache Kontrollen künftig noch schwieriger.

Blome: Drogenszene trotz aller Maßnahmen immer schlimmer geworden

Anschließend sagte Stadtdirektorin **Andrea Blome**, sie arbeite bereits seit 2017 für Köln, schon da sei der Ebertplatz ein Brennpunkt gewesen. Die Zwischennutzung seit 2018 habe „nicht gefruchtet“, die Drogenszene sei immer schlimmer geworden. „So kann es nicht bleiben“, so Blome. Doch neue Lösungsansätze



Auf dem Podium (v.l.n.r.) Polizeipräsident Johannes Hermanns, Stadtdirektorin Andrea Blome, Streetworker Stefan Lehmann vom Gesundheitsamt und die KVB-Vorstandsvorsitzende Stefanie Haaks.

hatte sie nicht mitgebracht. „Wie kann man dem denn entgegenwirken?“ wollte Moderatorin Ruth Wennemar wissen. Blome antwortete, nötig sei „ein gesamtheitlicher Ansatz“: Polizei und Ordnungsamt alleine reichten nicht, man brauche eine noch stärkere Einbeziehung des Sozial- und des Gesundheitsamts. Einen solchen gesamtheitlichen Ansatz hatte Bezirksbürgermeister **Andreas Hupke** bereits beim Veedelstreff am 16. Oktober 2017 gefordert, zwei Tage nach dem ersten Tötungsdelikt unter Drogendealern auf dem Ebertplatz. Dieses Konzept sei die Zwischennutzung des Ebertplatzes – aber „davon haben wir uns mehr versprochen“, resümiert Stadtdirektorin Blome.

KVB-Chefin **Stefanie Haaks** berichtete, sie habe 2022 den Auftrag für ein Konzept für mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Fahrzeugen der Kölner Verkehrs-Betriebe bekommen. Dieses Konzept liege vor, sei aber noch nicht von der Politik behandelt worden. Deshalb habe man im Dezember beschlossen, das Konzept schon mal auf eigene Kosten zu testen, diese Versuchsphase laufe noch bis Ende März. Es sieht vor allem mehr Sicherheitspersonal und verstärkte Präsenz an Plätzen mit besonderem Handlungsbedarf wie dem Ebertplatz vor. „Wir haben das Gefühl, dass das Konzept wesentlich zur Verbesserung der Situation beiträgt“, so Haaks. Die KVB dürfe damit allerdings nur das Hausrecht durchsetzen, sie könne keine ordnungspolitischen Aufgaben übernehmen. Die Sicherheitspartnerschaft mit Polizei und



Ruth Wennemar, Sprecherin des Bürgervereins Eigelstein, moderierte wie immer souverän den „Veedelstreff“.

Ordnungsamt müsse noch weiter verbessert werden. **Ruth Wennemar** zitierte die „Kölnische Rundschau“, wonach die Verwaltung dieses Konzept, das jährlich 2,5 Millionen Euro kosten soll, im Dezember im Rat vorlegen sollte und wollte wissen, warum das nicht passiert sei. Stadtdirektorin **Blome** antwortete, sie kenne diese Vorlage nicht.

Ebertplatz kein Drogenhotspot, sondern Kriminalitätsbrennpunkt

Streetworker **Stefan Lehmann** vom Gesundheitsamt machte klar, dass der Ebertplatz kein Drogenhotspot wie etwa der Neumarkt oder der Wiener Platz ist, sondern ein Kriminalitätsbrennpunkt: Der Platz sei vor allem ein Drogenumschlagplatz, kein Konsumort. Deshalb sei milieuspezifische Sozialarbeit auch nicht das geeignete Mittel, um das Problem am Ebertplatz zu lösen: damit könne man zwar punktuell individuelle Hilfsmaßnahmen vermitteln, doch jeder Dealer, der wegfalle, werde sofort durch neue ersetzt. „Es sind einfach zu viele“, so Lehmann. Er räumte auch mit der Vorstellung auf, am Ebertplatz werde nur mit Marihuana gedealt. „Auch am Ebertplatz werden harte illegale Drogen verkauft“, so Lehmann. Was gut laufe, sei die Zwischennutzung. „Belebt die Plätze!“ so sein Appell, auch wenn er klarmachte, dass man die Dealer und die Drogenkonsumenten so nicht wegbekäme. „Solange es Konsumenten gibt, wird es immer Dealer geben“, sagte Lehmann, „es gibt keine einfachen Lösungen für gesellschaftliche Probleme.“ Die entscheidende Frage sei, wie man die Szene gesteuert bekäme.

Ruth Wennemar eröffnete anschließend die offene Diskussion mit einer Mahnung: „Wenn wir beim Thema Sicherheit keine Lösung bekommen, kriegen wir die die AfD nicht klein!“ **Marc Schlieper** behauptete, die Stadt habe gar kein wirkliches Interesse, die Dealer von dem Platz zu bekommen. **Baba Awesu** vom Gastro-Container auf dem Ebertplatz bestätigte diesen Eindruck: „Das ist so gewollt, so hast Du die Leute unter Kontrolle. Das ist ein Problem!“ Anwohner **Robert Lerch** beschrieb seine Stimmungslage als Mischung aus „Wut, Enttäuschung, Resignation.“ Man bekomme Angst, „wir sprechen auch von Gewalt. Welche Lösungen gibt es? Wir hören immer: ‚wir müssen‘, aber wir machen nichts. Was ist der Next Step?“



Anwohner Robert Lerch: „Wir sprechen auch von Gewalt. Welche Lösungen gibt es? Was ist der Next Step?“

Forderungen nach Streetworker-Container mitten auf dem Ebertplatz

Streetworker **Franco Clemens** bestätigte, dass es auf dem Ebertplatz eine „harte Dealerszene“ gebe, die auch gewaltbereit sei. Um dort die „Lufthoheit“ zu bekommen, sprach er sich für einen Container mitten auf dem Platz aus. „Videoüberwachung ersetzt niemals die nachhaltige Präsenz und Beziehungsarbeit von bürgernahen festen Bezirksbeamten, Ordnungsamt und robusten Streetworkern mit einer konfrontativen Pädagogik“, begründete Clemens seinen Vorschlag. Dieser Container solle als Streetworkerbüro dienen, könne aber auch abwechselnd von Ordnungsamt und Polizei mit genutzt werden. Zudem brachte er erneut seine Idee vor, über die der „Kölner Stadt-Anzeiger“ bereits drei Wochen zuvor groß berichtet hatte: Spielgeräte auf den Platz zu stellen und ihn dann zum Spielplatz zu erklären. Als derartige Sondernutzungszone unterliege er ganz anderen Kriterien und Verhaltensvorschriften zum "Schutz des Kindeswohls" als der normale öffentliche Raum: „Damit gibt er auch der Polizei und dem Ordnungsamt ganz andere Handlungsbefugnisse.“ Dazu konnte die angesprochene Stadtdirektorin **Blome** „so spontan“ nichts sagen, sie wollte den Vorschlag aber mitnehmen. Anwohner **Digo Chakraverty** rundete den Unmut der Anwohner ab: „Was wir in Köln sehen ist einmalig: sinkende Lebensqualität bei steigenden Mieten.“ Man habe „den zeitweiligen Eindruck akuten Staatsversagens. Was sollen wir tun als Bürger? Gebückt nach Hause gehen?“ **Burkhard Wennemar**, Vorsitzender des Bürgervereins, regte ein Vorgehen nach dem Vorbild der Stadt Zürich an, die die offene Drogenszene besser im Griff hat: „Dort gibt es eine Vier-Säulen-



Das Medieninteresse an der Bürgerversammlung war wieder sehr groß.

Strategie aus Prävention, Repression, Therapie und Überlebenshilfe für die Suchtkranken.“ Für die Umsetzung seien neben der Polizei das Ordnungsamt, das Sozialamt, das Gesundheitsamt und das Jugendamt zuständig.

Ruth Wennemar beschloss den Abend enttäuscht und mit einem Appell an die Podiumsgäste: „Wir sind nicht glücklich, dass es offenbar keine Idee im Hintergrund gibt. Aber nehmen Sie bitte von dem Abend mit, dass uns das Problem sehr unter den Nägeln brennt, und dass wir Lösungsansätze erwarten.“



Betretene Gesichter: Das Publikum des „Veedelstreffs“ bekam keine neuen Lösungsansätze präsentiert.

(Text und Fotos: Burkhard Wennemar)

Mehr Fotos vom Veedelstreff gibt es auf unserer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/eigelsteinveedel/>.